

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877**

7.12.1877 (No. 289)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 7. Dezember.

№ 289.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

## Amtlicher Theil.

Mittels Allerhöchster Kabinettsordre vom 4. Dezember er. ist der Premierlieutenant v. Bod und Polach vom 7. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 69 unter Belassung in seinem Kommando als Adjutant der 57. Infanterie-Brigade, in das 4. Brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 24 (Großherzog von Mecklenburg-Schwerin) und durch Verfügung des königlichen Kriegsministeriums vom 25. Oktober er. der Kadetten-Inspektor Fiedler in Konstantz nach Pippstadt und an dessen Stelle der Garnison-Verwaltungs-Inspektor Hauptmann a. D. Haenike von Pfalzburg nach Konstantz veretzt worden.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 5. Dez. Der „Nordd. Allgem. Ztg.“ zufolge scheinen die Meldungen österreichischer Blätter über angebliche Vorschläge zur Herbeiführung eines Provisoriums für die deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen sich nur auf Projekte zu beziehen, welche im österreichischen Handelsministerium erörtert werden; in amtlicher Form seien dieselben bisher nicht hierher gelangt.

† München, 5. Dez. In der Abgeordnetenkammer wurde die Petition des Schullehrer-Vereins um Revision des Schuldotations-Gesetzes und der dazu gestellte Antrag Strauß mit 76 gegen 72 Stimmen abgelehnt. Strauß hatte seinen Antrag zuvor in längerer Rede begründet, indem er die von Merkle im Petitionsausschuß gemachten Ausführungen angriff. Merkle erwiderte darauf: Bevor nicht das Schulgesetz vorliege und so lange die Nothlage nicht zu groß sei, könne nicht von periculum in mora die Rede sein.

† Wien, 5. Dez. Die Delegationen hielten heute ihre ersten Sitzungen, konstituirten ihre Bureau's und wählten die Ausschüsse. Die österreichische Delegation wählte Graf Trauttmannsdorf zum Präsidenten und Bidalich zum Vizepräsidenten. Die ungarische Delegation wählte Szeghény zum Präsidenten und Szlavay zum Vizepräsidenten. Graf Andrássy legte das Budget vor und machte die Mittheilung, daß der Kaiser am Freitag um 2 Uhr die ungarische und um 3 Uhr die österreichische Delegation empfangen werde.

† Paris, 4. Dez. Man behauptet im Elysee, jetzt die Gewißheit zu haben, daß sich für die Auflösung der Deputirtenkammer im Senat eine Majorität von 13 finden werde. Heute Abend nach dem Bekanntwerden der Vorgänge zu Versailles herrschte in Paris eine gewisse Aufregung; die Boulevards waren mit Leuten überfüllt, welche die Situation erörterten.

† Paris, 6. Dez. Der Minister des Aeußern, Banneville, begab sich gestern Nachmittag zu Dufaure im Auftrage des Marschalls und konferirte mit demselben. Banneville erklärte in den letzten Tagen den Diplomaten mehrfach, er hoffe auf eine Verständigung des Marschalls mit den konservativen Republikanern. Es verlautet, der Marschall verlege im Laufe der Woche seine Residenz nach Versailles.

† London, 5. Dez. „Reuter's Bureau“ meldet aus New-York vom 4. d.: Nach dem Niogrande wurden weitere Truppen beordert, jedoch nicht in Folge neuer Verwicklungen, sondern lediglich zur Vermehrung der bereits dort befindlichen Streitmacht zur Verhinderung der Raubfälle.

### Kriegsnachrichten.

× Wien, 5. Dez. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Belgrad: Ein Ulas des Fürsten von gestern enthält mehrere Ernennungen von Generalen und Stabsoffizieren bei der serbischen Operationsarmee und dem Schumadia-Corps. Man erwartet in Regierungskreisen stündlich die Nachricht, daß der serbische Agent Christie von der Pforte die Aufforderung erhält, Konstantinopel zu verlassen. — Der Rath am Kassationshof, Protic, ist in besonderer Mission nach dem russischen Hauptquartier nach Bogot abgereist.

× Ragusa, 4. Dez. An der albanischen Küste kreuzen 6 türkische Fahrzeuge und versuchen Truppen zu landen, was bisher von den Montenegrinern vereitelt wurde.

× Bukarest, 4. Dez. Die Kammer verlagte die Berathung der Antwort auf die Thronrede des Fürsten auf morgen, um der Fünfer-Kommission zu gestatten, mit einigen Deputirten in Betreff leichter Modifikationen, welche sich nur auf die Form und nicht auf den Inhalt beziehen, sich verständigen zu können. — General Ignatieff ist heute Morgen in das Hauptquartier abgereist. — Die gefangenen britischen Aerzte Douglas und Bagell wurden auf Befehl des Großfürsten in Freiheit gesetzt und lehren dieselben nach England zurück.

× Bukarest, 5. Dez. Die Kammer nahm den Entwurf zu einer Antwort auf die Thronrede einstimmig an. Die

Antwort paraphrasirt lediglich die Thronrede. Vor der Abstimmung forderte Abg. Jonescu den Minister des Aeußern auf, die Konvention mit Rußland vorzulegen. Cogolniceanu erwiderte, er wisse, welche Reserven gegenwärtig der rumänischen Regierung auferlegt seien, indeß zögere er nicht zu erklären, daß Rumänien keine Konvention mit Rußland abgeschlossen habe. Der Vertrag von 1856 sei noch in Kraft. Rußland und Rumänien konnten keine Konvention abschließen, eine solche werde erst abgeschlossen werden, wenn die Heere Rußlands und Rumäniens Sieger seien. Rußland habe Rumänien nicht in den Kampf hineingezogen, Rumänien vielmehr den Kampf für sich und die Christen in der Türkei unternommen.

× Bukarest, 5. Dez. Der griechische Konsul Rangabe ist gestern wegen der im Schwarzen Meere erfolgten Beschlagnahme von griechischen Fahrzeugen in das Hauptquartier abgereist.

General Kupo, Oberbefehlshaber der bei Kompananka operirenden rumänischen Division, ist angewiesen, seinen Marsch auf Widdin zu verlangsamen, um sich, wie es heißt, mit der serbischen Division unter Horvathovich zu vereinigen. Die Bewohner der Umgegend von Widdin sind nach Widdin berufen und dort bewaffnet worden. In Widdin befinden sich jetzt 12.000 Vertheidiger.

× St. Petersburg, 5. Dez. Die „Agence russe“ meldet aus Bukarest, man bestreite die Richtigkeit der Depesche der „Times“ aus Wien, daß England einen Ausweg gefunden habe, damit die britische Flotte in die Dardanellen einfahren könne, ohne die Neutralität zu verletzen. Wenn ein solcher Ausweg gefunden wäre, so würde dies zur Folge haben, daß die Pforte zum Widerstande bis zum Aeußersten ermuthigt würde und Rußland sich gezwungen sehe, behufs Erreichung des Friedens Konstantinopel anzugreifen.

× Konstantinopel, 5. Dez. Ein Telegramm Suleiman Pascha's bestätigt die gestern erfolgte Einnahme der Positionen von Elena durch Fuad Pascha. Die Russen seien vollständig geschlagen und hätten 11 Geschütze, 20 Kisten Munition und 300 Gefangene verloren, darunter 1 Oberst und 3 Kapitane; der Verlust derselben belief sich auf 3000 Tode und Verwundete, unter denen viele Offiziere. Der Rest der russischen Streitmacht, welche den rechten Flügel der Armee des Großfürsten Thronfolgers bildete, sei in der Richtung gegen Urmowa geflüchtet. — Ein Telegramm aus Sophia vom heute versichert, daß Schafir Pascha in der Richtung auf Etropol vorrückte. Mehemed Ali behauptete sich bei Kamarli.

× Konstantinopel, 5. Dez. Nachmittags. Ein Telegramm Suleiman Pascha's, aus Ahmetli datirt, berichtet noch weiter über den gestrigen Sieg bei Elena: Die türkischen Kräfte, aus 3 Brigaden bestehend, nahmen zunächst die Position Marian, sodann successive alle russischen Verschanzungen in der Umgegend von Elena. Die Russen zählten 16 Bataillone Infanterie nebst 24 Geschützen. Die türkischen Verluste waren im Vergleich zu den russischen ganz geringfügig.

× St. Petersburg, 5. Dez. Aus Bogot vom 4. d. wird offiziell gemeldet: Unsere Truppen haben in Dihanie und Waschisch enorme Vorräthe an Waffen, Patronen, warmen Kleidern, Probiant, Hofer und Gerste erbeutet. Außerdem wurde ein ganzer Pontonpark, bestehend aus 5 Pontons mit vollständigem Zubehör, genommen.

× Wien, 5. Dez. Die „Presse“ meldet aus Sigtowa vom 4. d.: Am Schiptapasse drangen russische Freiwillige in eine türkische Redoute ein und machten 4 Geschütze unbrauchbar.

— Ueber die türkischen Vorbereitungen in Bosnien zur Abwehr und Züchtigung Serbiens wird der „Pol. Kor.“ aus Serajewo, 26. Nov., geschrieben: Zwei in den letzten Tagen von der Regierung erlassene Auftrufe bilden das Tagesgespräch. In dem ersten derselben werden die Dsmanlis Bosniens aufgefordert, Freiwillige zu stellen, um die Grenze des bedrohten Vaterlandes zu schützen. Der zweite Aufruf ruft alle Erinnerungen an die Schreckensscenen der vorjährigen Revolutionsepoche wach. Alle Muselmänner der an Serbien grenzenden Distrikte wurden aufgefordert, die Waffen zu ergreifen und den treulosen Feind auf seinem eigenen Boden zu vernichten. Die Vertheilung von Waffen wird in nahe Aussicht gestellt und dabei erinnert, daß es heilige Pflicht eines jeden Muselmannes ist, das Land bis zum letzten Blutstropfen zu vertheidigen, das seine Vorfahren mit dem Schwerte erobert haben. Wiewohl nun zwischen dieser drohenden Sprache und dem thatsächlichen Mangel an waffenfähigen Männern und der Verwirklichung der ihr zu Grunde liegenden Absicht noch ein weiter Weg liegt, so könnte doch das Vorgehen der Regierung für die eigenen christlichen Unterthanen Bosniens von den übelsten Folgen werden. — Nachdem die Sultankonvois für Mehemed Ali ihr Ende genommen, geht man jetzt daran, der serbischen Grenze die ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. Alle Civilingenieur, die sich im Lande befan-

den, sind nach Belina, Zwornik, Bisegrad und Rodibazar beordert worden, um bei dem Schanzbau längs der serbischen Grenze mitzuwirken. Die größten Dimensionen sollen die Erdwerke bei Belina und Bisegrad erhalten, während bei Janja, Zwornik, Srebrenica, Novapavos, Senica und Rodibazar kleinere Befestigungsgürtel angelegt werden. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die Stimmung und die Dpferwilligkeit der muslimänischen Bevölkerung längs der Grenze Serbiens, die gegenüber der Apathie und Gleichgültigkeit der im Innern ansässigen Osmanen grell hervorsticht.

### Deutschland.

Karlsruhe, 6. Dez. Der „Staatsanzeiger“ Nr. 61 vom heutigen enthält (außer Personalmeldungen):  
Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Des Ministeriums des Innern: a. die Ernennung von Bezirksräthen betreffend; b. die Frequenz der Polytechnischen Schule im Studienjahr 1877/78 betreffend. 2) Des Finanzministeriums: a. die Serienziehung für die 128. Gewinnziehung des Loterieanlehens von 14 Millionen Gulden in 35-fl.-Loosen vom Jahr 1845 betreffend; b. die Tilgung des 3/2proz. Eisenbahn-Anlehens vom Jahr 1842 betreffend.

† Berlin, 5. Dez. Abgeordnetenhaus. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand der Antrag Birchow wegen Abänderung des § 34 der Geschäftsordnung dahin, daß Anträge im Sinne des Art. 60 alinea I der Verfassung jederzeit zulässig sein sollen. Birchow vertheidigte seinen Antrag. Lucius wendete sich gegen den Antrag und befürwortete event. Verweisung an die Kommission. Windthorst (Weppen) sprach für den Antrag, v. Köller dagegen, Paster und Braun dafür. Nach dem Schlusswort des Mitantragstellers Zelle beschloß das Haus, den Antrag nicht an die Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen, sondern einfach anzunehmen. — Es folgte nunmehr die Berathung des Antrages Richter bezüglich des Welfenfonds. Richter ergriff zur Rechtfertigung desselben das Wort.

Das Ministerium sei moralisch verpflichtet, über die Verwendung des Welfenfonds Rechenschaft abzulegen; dieser werde zur Befriedigung der Presse und zur Agitation behufs des Anlaufes von Privatbahnen verwendet. Es liege im Interesse der Regierung, diese Behauptungen zu widerlegen. Eine große Majorität halte diesen Zustand für unhaltbar; ihrer Stimmung entspreche sein Antrag, dessen Annahme er zur Wahrung der Landesinteressen verlange. Für den Antrag sind 4, gegen denselben 10 Redner eingeschrieben.

Finanzminister Camphausen erklärt: Minister Friedenthal konnte sich bei der Etatsdebatte nicht befugt fühlen, Auskunft über den Welfenfonds zu erteilen. Das Ministerium war immer solidarisich in seinen Ansichten über den Welfenfonds; deshalb glaubten wir auch die neuliche Interpellation ablehnen zu müssen und Ihnen dies durch einen Kommissär anzeigen zu lassen. Möglich, daß wir damit nicht das Richtige gefunden haben, dann beileben wir uns, dies zuzugeben und damit den Fehler gut zu machen. Der Minister geht auf die Entstehung des Welfenfonds und die darauf bezüglichen Verhandlungen näher ein und hebt hervor, daß in dem Gejeze eine Rechnungslegung gegen den Staat ausgeschlossen sei. Es handle sich gar nicht um Staatsgelder, sondern um Gelder, die dem König Georg gehören, worüber nur ihm Rechnung zu legen sei, sobald er seinen Verpflichtungen gegen uns, wie er sie übernommen, nachkommt. Die Regierung erklärte dies schon früher; sie hat ihren früheren Standpunkt nicht verlassen und glaubt ihn im Interesse des preussischen Staates nicht verlassen zu dürfen. Deshalb glaubten wir die Interpellation nicht beantworten zu dürfen. Wir können es nicht im Interesse des Staates, nicht in jenem des Königs Georg. Von dem, was heute Hr. Richter über die Verwendung der Fonds sagte, habe ich nicht die leiseste Ahnung. Ueber die Verwendung der geheimen Fonds haben nur die Ressortchefs, welche damit betraut sind, Kenntniß. Ich habe nie eine halbe Mark für geheime Zwecke verwendet. Wir erachten uns nach dem Gejeze nicht für befugt, über die Substanz des Vermögens des Königs Georg zu verfügen. Diese in verzinsslichen Staatsobligationen angelegte Substanz ist unangetastet im Hauptdepositorio der preussischen Staatskasse. Ich erkläre, daß Fürst Bismarck nie daran gerührt hat und daß alle gegentheiligen Gerüchte auf Verleumdung beruhen. Es würde für den Fürsten und selbst für den Finanzminister schwierig sein, diese Papiere nur zu Gesicht zu bekommen. Nun kann die Frage entstehen: Ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Regierung ihren Standpunkt zu modifiziren hat? Diese Frage ist im Herrenhause im Februar dahin beantwortet worden, daß die Regierung das Verhältniß für ein provisorisches halte, welches die Regierung in ein definitives überführen wolle, wenn der König Georg die Hand zum Frieden biete, nicht aber, so lange König Georg den Krieg fortsetzend zum Kriege und zu Feindseligkeiten gegen Preußen durch seine Anhänger dauernd schüre. Der Minister verliest die im Herrenhause verlesene Erklärung der Regierung und schließt:



dies ist der Standpunkt, auf dem die Regierung steht und auf welchem sie beharren wird. Abg. Windthorst ist gegen den Antrag, weil er der Regierung überhaupt das Recht zur Sequestration des Vermögens des Königs Georg befreit.

Der Handelsminister sagt: Ich erkläre die Gerüchte, daß Gelder aus dem Welfenfonds zu Agitationen für den Ankauf der Privatbahnen durch den Staat verwendet worden, für durchaus falsch. Mit meiner Kenntniß oder Mitwirkung ist nicht ein Heller verwendet worden. Hierauf wurde die Debatte auf morgen vertagt.

3. Berlin, 5. Dez. Auf der Tagesordnung der morgen stattfindenden Sitzung des Bundesraths steht zunächst eine Vorlage betreffend die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen, ferner ein Antrag Sachsens betreffend eine Erhöhung der Rübensteuer, Anträge der Ausschüsse betreffend den Besoldungssatz der Reichsbank-Beamten und betreffend die Einziehung der Noten der Moskauer Bank, endlich Berichte über die Statistik des Verkehrs auf den deutschen Wasserstraßen, über weitere Ausprägung von Einmarkstücken und über den Gesetzentwurf wegen Einlösung der Darlehens-Kassenscheine des vormaligen Norddeutschen Bundes.

Nachdem ich bereits meinen gestrigen Brief abgefaßt hatte, traf Abends der amtliche Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung bei der hiesigen amtlichen Stelle ein, in Bezug auf den Handelsvertrag ein Provisorium dahin festzustellen, daß der bisherige Vertrag, wie er zur Zeit besteht, auf ein halbes Jahr, mithin bis zum 1. Juli 1878, verlängert werde. In wie weit die deutsche Regierung auf diesen Vorschlag eingehen wird, bleibt abzuwarten; der frühere Vorschlag Österreichs, auf Grund der meistbegünstigten Nation zu unterhandeln, wurde bekanntlich abgelehnt.

Anfangs nächster Woche werden Kapitän z. S. Scheering und Geh. Admiralsrath Koch, welche sich zur Kenntnisaufnahme der neueren maritimen Einrichtungen Englands nach London begeben hatten, von dort zurückkehren, nachdem sie vorher noch die Krupp'schen Etablissements besucht haben werden.

Seit Sonntag liegt die Korvette „Stoß“ in Swinemünde und wird, sobald die Witterung es gestattet, von dort nach Kiel auslaufen, um alsdann durch die Fregatte „Friedrich der Große“ nach Wilhelmshaven geführt zu werden. Das Schiff „Diter“ wird noch im Laufe dieses Monats von der Werft des Kommerzienraths Schichau in Elbing nach Kiel und Wilhelmshaven übergeführt werden.

Nach einer Verständigung mit dem Ministerium des Innern wird dasselbe vom 1. Januar ab der Admiralität Berliner Schutzmannen zur Verfügung stellen, welche die Bewachung und Bewachung der Werften zu Kiel und Danzig übernehmen werden. Der Dienst dieser Schutzleute wird sich in einer Abtönung von je zwei Jahren bewegen.

Mit dem 1. Januar 1878 tritt ein veränderter Tarif für Telegramme ein. Derselbe ist im General-Postamt bereits fertig gestellt und wird demnächst veröffentlicht werden.

In Folge des gegenwärtigen Geldkurzes in Amerika haben die dortigen Zeitungsverleger die Abonnementsbeträge bedeutend erhöht. Der Zeitungs-Preis-courant, der von der deutschen Postverwaltung ausgegeben wird, war jedoch schon gedruckt, so daß die Preiserhöhung nicht mehr aufgenommen werden konnte.

Ueber die militärische Verwendbarkeit des Fernsprechers bemerkt die „Nordd. A. Z.“: Selbstverständlich müssen von militärischer Seite an einen elektrischen Fernsprecher andere Anforderungen gestellt werden, als von Seiten der Telegraphenverwaltung. Das schnelle Auslegen der Leitung, sowie der Gebrauch der Apparate im Freien bei Regen und Wind, und alle mit der Verwendung im Felde zusammenhängenden Rücksichten stellen Anforderungen, denen die Telephone jetziger Konstruktion noch nicht genügen. Zwei Telephone, auf einen Kilometer Entfernung durch ein leichtes Doppellabel verbunden, gestatten nur an einer gegen den Wind geschützten Stelle, und zwar bei absoluter Stille der nächsten Umgebungen, eine leidliche Verständigung. Das geringste Geräusch ist im Stande, die Korrespondenz zu unterbrechen, ohne die Möglichkeit, diesen Uebelstand durch lauterer Sprechen beseitigen zu können. Die gleichzeitige Benutzung zweier Telephone, um mit beiden Oehren hören zu können, erleichtert in geschlossenen Räumen das Verständniß ungemein, während im Freien auch diese Methode nicht im Stande ist, die vorher angegebenen Uebelstände gänzlich zu beseitigen. Außerdem ist bei längerem Gebrauch der Telephone die Zuthellung eines Signalgebers unbedingt geboten, da sich auf andere Weise kaum eine gegenseitige Verständigung erreichen lassen dürfte. Ist die Annahme berechtigt, daß das jetzt vorliegende Instrument sich noch in dem ersten Stadium seiner Entwicklung befindet, und die nächste Zukunft vollkommenerer Fernsprecher hervorbringen wird, so wird sich auch bald eine weitere Verwendung derselben für den Dienst der Truppen ergeben. Vorläufig wird man das Telephon als ein vorzügliches und sehr bequemes Verständigungsmittel auf kürzere Entfernungen mit großem Nutzen anwenden können und dadurch einen schnelleren und leichteren Geschäftsgang erreichen. Dies ist wohl der nächstliegende direkte Nutzen, den die Armee mit der übrigen Geschäftswelt gemeinsam vom Telephon haben wird. Die „Nordd. A. Z.“ fügt, wie gestern schon erwähnt, diesen Bemerkungen bei: Die Telegraphenbau-Anstalt von Siemens und Halske beschäftigt, die von ihnen in neuester Zeit konstruirten Feld-telegraphen mit Telephons zu versehen, so daß man mittelst derselben schriftlich und mündlich würde korrespondiren können. Derartige Apparate sollen von dem Petersburger Hause dieser Firma der russischen Armee geliefert worden sein, und sich bereits auf dem Kriegsschauplatz in Thätigkeit befinden.

Der durch seine humanitären Bestrebungen bekannte frühere Generalkonsul Sturz ist, wie die „Post“ mittheilt,

am 4. Dezember früh halb drei Uhr nach kurzem Kranklager sanft entschlafen. Als Konsul in Brasilien sprach Sturz unerschrocken und offen gegen die Gräuelt, welche die Einwanderung der Deutschen bei ihrer vollkommenen Rechtlosigkeit im Gefolge hatte. Er verlor seinen Posten und führte in deutscher Heimath diesen Kampf unermüdet weiter. Auch gegen die Behandlung, welche die chinesischen Coolis zu erleiden, hat er mit Eifer gekämpft und zu einer Besserung im Schicksal dieser Unglücklichen die Wege gezeigt. Selbst bei uns hat er Ungemach und Mühsal erduldet, um der Thierquälerei Einhalt zu thun. Ihm ist es hauptsächlich zu danken, daß das Schlachtvieh nicht mehr geknebelt von roher Hand auf den Wagen geworfen und in elendestem Zustande transportirt werden darf. Auch die Hebung der Seffischerei und Erleichterung des Transportes der Seffische hat sich der Verstorbene in eifrigster Weise angelegen sein lassen. Sein ganzes Leben bietet ein glänzendes Zeugniß von unermüdetem Fleiße, von unwandelbarer Rechtlichkeit und von glühender Liebe zur Menschheit.

H. München, 5. Dez. Einem aus Rom gestern eingetroffenen Briefe entnimmt der „Bayer. Kurier“, daß in dem Zustande des Papstes Besserung eingetreten ist. Die Wunde am Bein eitert regelmäßig, die Geschwulst nimmt ab, die Nächte sind ruhig. Die Mittheilung stammt, wie das Blatt bemerkt, aus ganz zuverlässiger Quelle. — Der Papst hat dem erblichen Reichsrathe der Krone Bayern, Herrn von und zu Frankenstein auf Ulfshab, Vorsitzender der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages, das Großkreuz des Gregorius-Ordens verliehen.

H. Leipzig, 4. Dez. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) Auf dem Wechsel über 6000 M. lautete das Accept: Angenommen für 6000 M. pro 1. Januar 1877 zur Verfügung der Herrn Müller und Schulze (Firma der Traffantin). Durch Blankogiro des Ausstellers war der Wechsel in die Hände des Klägers gelangt und die Zahlung an diesen verweigerte der Acceptant am deswillen, weil sein Accept ihn nur zur Zahlung an die Traffantin verpflichtete. Das Vorbringen ist für unberechtigt erklärt, denn die Worte „zur Verfügung“ bedeuten nicht mehr als jene „au Ordre“, und darin liegt keinerlei Einschränkung des Acceptes. Weiter hatte der Beklagte eingewendet, ein Gläubiger des Ausstellers habe auf die Wechselforderung Beschlagnahme gelegt, allein der Gerichtshof hat konstant entschieden, daß ohne Pfändung der Wechselurkunde der Arrest unwirksam sei.

Ein Geschäftsfreier war früher selbständiger Kaufmann gewesen, aber in Konkurs gefallen und dann wegen einfachen Banerutis mit zehn Tagen Gefängniß bestraft worden, weil er seine Handelsbücher unordentlich geführt hatte. Wegen der Untersuchungsverhäre hatte der Handlungsbienner wiederholt seine Geschäftsreisen unterbrochen. Der Prinzipal hat ihn wegen dieser Vorgänge ohne Kündigung entlassen, wogegen der Handlungsbienner Klage erhob. Die Entlassung wurde an sich als gerechtfertigt befunden; allein der Kläger hatte behauptet, er habe den Beklagten beim Engagement von jener Untersuchung benachrichtigt, und dies hielt der Gerichtshof für erheblich, denn wer einen in Untersuchung befindlichen Mann engagirt, muß die Möglichkeit einer Bestrafung vorhersehen.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. Dez. Wie ich höre, sind die katholischen Regierungen entschlossen, falls etwa eine Anordnung des noch regierenden Papstes erlassen wäre, welche das bisher geübte Vetorecht kassirte, freilich dieses Recht durch einen Protest zu wahren, aber deshalb allein die Gültigkeit der Wahl nicht anzufechten, sondern die Anerkennung des neuen Statthalters Petri nicht zu verweigern, sobald konstatirt worden, daß die Wahl im Uebrigen mit Beobachtung aller kanonischen Formalitäten sich vollzogen habe.

#### Frankreich.

Paris, 5. Dez. Mit der gestrigen Erklärung des Budgetausschusses ist die Krise in ihr letztes und entscheidendes Stadium getreten. Die Sprache der republikanischen Presse ist eine sehr gemessene.

Morgen, Donnerstag, sagt die „Republique française“, werden die zahlreichen Berichte sämtlicher Unterkommissionen des Budgets auf den Tisch des Abgeordnetenhauses niedergelegt werden; die ungeheure Arbeit, welche sonst ein mehromonathliches Studium in Anspruch nimmt, wird in einigen Tagen zu Stande gebracht worden sein. Wenn die Kammer dann ein Kabinett vor sich hat, welches auf das Vertrauen des Landes ein Recht haben kann, so werden die Verwaltungen, die Geschäfte von den Folgen des 16. Mai nicht länger zu leiden haben. In wenigen Sitzungen wird das Budget vorliegen. Wenn hingegen nichts geschehen ist, um dem Lande Bequemlichkeit zu geben, wenn man hartnäckig fortfährt, der ultramontanen Politik, den Theorien des Herzogs von Broglie und den Privatinteressen einer gewissen Anzahl von Wanklingen und Klienten die Ruhe und Sicherheit Frankreichs zu opfern, so wird die Kammer die letzten Entschlüsse des Marschalls Mac Mahon abwarten und die Verantwortlichkeit für dieselben lediglich auf seine Rathgeber wälzen. Sie darf zum Schutze der ihr anvertrauten Volkshoheit nichts Geringeres thun.

Und an einer anderen Stelle, wo es die thatsächliche Grundlosigkeit der Hava'schen Note darthut, sagt das Organ des Hrn. Gambetta:

Wird dieser Vorwand genügen, um die Gesinnungen der Nation, sei es der republikanischen Majorität, sei es der Regierung gegenüber zu ändern? Wir glauben es nicht. Das Land findet, daß man schon viel zu lange mit ihm sein Spiel treibt. Es will von den Faktionen, die es bedrücken, für immer befreit sein, und vielleicht würde es den Männern, die es am 14. Oktober zu seinen Vertretern gewählt hat, nicht verzeihen, wenn sie noch länger die Drohungen einer Gewalt ertragen wollten, die seiner Souveränität offen Troß bietet. Bisher ist dem Marschall überhaupt keine Bedingung gestellt worden, „aber angenommen, daß eine berufene Persönlichkeit ihn als notwendige Grundlage für jeden Ausgleich die Revision des von der Aufhebung handelnden Artikels bezeichnen hätte, so sehen wir nicht an, zu er-

klären, daß Frankreich sie nicht üben gestraft hätte“. Für unsere Ehre und für unser Wohlergehen ist es notwendig, daß ein neuer 16. Mai unmöglich gemacht wird und daß der Nationalwille nicht in die Laune eines Mannes gefesselt bleibt, welcher das Werkzeug leichtsinniger Gelüste und verbrecherischen Ehrgeizes ist. Die Majorität des Parlaments weiß, was Frankreich von ihrer Festigkeit erwartet, und wird den gerechten Hoffnungen des Landes zu entsprechen wissen.

Ebenso entschlossen äußern sich der „Siècle“, der „Kappel“ und das „XIX. Siècle“:

Es ist endlich Zeit, schreibt Edmond About in dem letzten Blatte, mit offenen Karten zu spielen. Wenn der Marschall Mac Mahon sich mit seinen Herzögen, Bischöfen, Senatoren und Präfecten für stark genug hält, um gegen Frankreich ins Feld zu ziehen, nun, so greife er an! Man wird bald sehen, wer von Weiden, ob er aber das Volk, in den Trichter von Sedan fallen wird.

Hr. E. Duclerc, der während der letzten Annäherungs-Velleitäten des Elhje häufig genannte Vizepräsident des Senats, richtet an die Blätter folgendes Schreiben:

Paris, 5. Dezember 1877.

Der gestern im Senat und im Abgeordnetenhause angeschlagenen Depesche haben die Abtheilungen sämtlicher Gruppen der Linken ein ausdrückliches Demoni entgegengestellt. Sie waren dazu berechtigt, denn die Wahrheit ist, daß Niemand den Auftrag erhalten oder sich angemacht hat, in ihrem Namen zu sprechen. Was mich betrifft, so habe ich, da man mich persönlich zu Rathe zog, auch in meinem persönlichen Namen geantwortet, und diese meine Antwort bindet Niemand als mich. Auf eine an mich gerichtete Aufforderung habe ich schriftlich der Ansicht Ausdruck gegeben, daß das beste Mittel, der Kammer eine wirksame Garantie gegen den möglichen Mißbrauch des Aufhebungsrechts zu bieten und zugleich die Würde des Präsidenten der Republik zu wahren, darin bestünde, einen Kongreß einzuberufen. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß ich meine Note, wenn sie für die offizielle Form der Forderungen der Linken hätte gelten sollen, zum Mindesten vorher ihrer Befähigung unterbreitet hätte. Zum Glück ist übrigens die Note vorhanden und wird veröffentlicht werden. Wenn man aber sagt, daß es von mir nicht vorzüglich gewesen wäre, diese Note auszuhändigen, so lautet meine Antwort einfach und bestimmt: Wenn nur meine Person auf dem Spiele steht, vermahne ich alle Vortheile.

Genehmigen Sie u. s. w. E. Duclerc.

Endlich läßt auch der Herzog von Audiffret-Pasquier durch die „Agentur Habas“ erklären, daß er weder Montag noch Dienstag, wie einige Blätter gemeldet hatten, in das Elhje berufen worden sei.

Man sagt, so meldet der offiziöse „Français“ in einer kurzen, aber bedeutungsvollen Note, daß der Marschall seine Residenz nach Versailles verlegen wird. Die Meldung ist um so beachtenswerther, als sie noch vor wenigen Tagen von der nämlichen offiziösen Presse in offensibler Weise dementirt worden war.

Das „Journal des Debats“ ist jetzt in der Lage, den mehrbesprochenen neuen Entschluß des Finanzministers Dutilleul, betreffend die Wahlquote, in seinem Wortlaut mitzutheilen; man muß aber gestehen, daß von der augenscheinlich in der Kammer gewährten „ersten Gemüthung“ nur verhältnißmäßig wenig zu entdecken ist. Das an die Generaldirektoren, Direktoren und General-Zahlmeister gerichtete Rundschreiben lautet:

Ein Zirkular vom 18. November d. J. hat den Beamten der Finanzverwaltung die Verhaltungslinie vorgeschrieben, welche sie gegenüber den Mitgliedern des Enquete-Ausschusses des Abgeordnetenhauses zu beobachten hätten. Da der Wortlaut dieses Zirkulars, wie mich besinnen sollte, in gewissem Betrahte eine allzu absolute Auslegung erfahren konnte, glaube ich ihm einige Erläuterungen beifügen zu sollen. Die Grundprinzipien der Beamten-Hierarchie und Verantwortlichkeit können mir nicht gestatten, auch nur einen Augenblick zuzugeben, daß ein Beamter in dieser Eigenschaft und in Bezug auf seine Amtshandlungen mündlich oder schriftlich irgend einer fremden und in den Instruktionen nicht vorgesehenen Frage Rede stehen dürfte, ohne darüber zuvor an seinen hierarchischen Vorgesetzten berichtet zu haben. Dieses Prinzip steht ganz außer Frage und muß unverändert erhalten werden. Sollten Sie aber aus Anlaß der Enquete aufgefordert werden, Erklärungen zu geben oder Schriftstücke vorzulegen, so müßten Sie gerade auf Grund des eben erwähnten Prinzips sich im Vorhinein auf die Antwort beschränken, daß Sie vor Allem darüber an mich zu berichten und meine Zustimmung einzuholen hätten, was Sie auch in der That sofort thun müßten, nicht ohne gleichzeitig dem Präfecten zu benachrichtigen. Wollen Sie gefälligst diese Instruktionen unverzüglich an ihre Unterbeamten übermitteln und mir den Empfang dieses Rundschreibens bescheinigen. Der Finanzminister: E. Dutilleul.

Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses für die Frage des Belagerungszustandes hat Hrn. Bardoux zum Berichterstatter ernannt und beschlossen, auf Grundlage des von diesem eingebrachten Entwurfs ein Gesetz auszuarbeiten, welches zunächst das Recht der exekutiven Gewalt, den Belagerungszustand zu verhängen, durch gewisse, von den Zeitumständen gebotene Bedingungen einschränken soll, während die gesetzliche Regelung der juristischen Wirkungen des Belagerungszustandes als minder dringend für einen späteren Moment vorzubehalten wäre.

Die in der kaufmännischen Welt eröffnete Petitionsbewegung treibt in der Provinz immer weitere Kreise und dürfte sich bald über das ganze Land verbreitet haben. Heute früh um 10 Uhr war eine Deputation des Handels von Elbeuf so naiv, mit einer Adresse im Elhje vorzusprechen. Sie verlangte, so berichtet die „France“, zuerst nach dem dienstthuenden Offizier, Oberst Robert, und da dieser nicht sichtbar war, nach dem Vicomte Emanuel d'Harcourt, dem sie durch einen Huissier ihr Gesuch um eine Audienz überreichen ließ. Fünf Minuten darauf brachte der Thürhüter den Delegirten ein Schreiben mit dem Bescheid zurück, der Hr. Kabinetsschef sei beschäftigt und könne sie nicht empfangen. Auf die nunmehrige Frage, an wen sie sich denn eigentlich mit ihrem Gesuche zu wenden hätten, antwortete ihnen der Huissier so ausweichend und doch so verständlich, daß sie wohl einsehen, es bliebe ihnen nichts Anderes übrig, als sich zurückzuziehen.



Paris, 5. Dez. Die Vorstände der Linken des Senats veröffentlichen folgende Erklärung:

Angelehnt der heute früh in den Gängen der beiden Kammern angehängten Note der „Agentur Gavak“ erklären die Vorstände der Linken des Senats, daß kein Mitglied der Linken des Senats den Auftrag erhalten hat oder von dem Präsidenten der Republik in die Lage versetzt worden ist, im Namen der Linken Bedingungen für die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts zu formulieren.

Für das linke Zentrum: Verlaand, Präsident; Colmon, Gilbert-Bouguer, Vizepräsidenten; Graf Rampon, Bernard, Foucher de Careil, Dauphinot Mitglieder.

Für die republikanische Linke: Arago, Präsident; Leroyer, Vizepräsident; Hérol, Lucet, Malens, Nozeau, Salmeade, Mitglieder.

Für die republikanische Union: Peyrat, Präsident; Crémieux, Victor Hugo, Scherer-Kellner, Mitglieder.

Eine ähnliche Erklärung steht von den Vorständen der Linken des Abgeordnetenhauses und auch von dem Senator Duclerc, welcher gestern von dem Präsidenten der Republik empfangen worden ist, bevor.

Dem „Soir“ zufolge würde die Regierung die Kammer auf acht Tage vertagen und der Marschall in der Zwischenzeit ein neues Ministerium bilden, welches mit dem Antrage auf eine zweite Auflösung vor den Senat treten soll.

CL. Paris, 5. Dez. (Börse nachrichtl.) Die Börse verkehrte, was nach den gestrigen Vorgängen in der Kammer Niemand Wunder nehmen kann, in gebückter Haltung; aber gegen den Schluß schien sie Anzeichen der mit jeder Stunde näher rückenden Entschcheidung, die vielleicht schon die letzten Tage der Woche bringen könnten, wieder Muth gewonnen zu haben. 5proz. Rente blieb 106.70 noch 106.42, 3proz. 71.55, Staatsrenten 72.82, 5proz. Goldrente 68, Lürken 10.12, Ägypter 162, Banque ottomane 368, spanische äußere Schuld 127, 5proz. Staatsbahn bedeutend schwächer 551, do. Bodentreib, Lombarden 168, Banque de Paris 1010, Foncier 623, Mobilier 151, spanischer Mobilier 525, Suezaktien 717.

Türkei.

Aus Stambul kommt die wichtige Nachricht von dem Rücktritt des Großveziers Edhem. Saffet Pascha werde wahrscheinlich sein Nachfolger sein, doch solle Edhem bis auf weitere Verfügung die Geschäfte fortführen. Obwohl wir den Grund dieses Personal- und vielleicht auch Systemwechsels nicht kennen, so liegt es doch sehr nahe, ihn mit den schon mehrfach in Aussicht gestellten Friedensverhandlungen — Edhem gilt für einen hartnäckigen Anhänger des Widerstandes, Saffet für einen Friedensfreund — in Zusammenhang zu bringen, und es dürfte demnach vielleicht angemessen sein, eine kleine Charakteristik dieser beiden Männer, die Beide zu den bestbeachteten Beamten der Porte gehören, hier folgen zu lassen. Edhem Pascha ist Orience von Geburt, insofern er bei der Katastrophe von Ghios im Jahr 1822 als ganz kleines Kind von den Türken mitgenommen und beschneitten wurde. In seiner Geistes- und Charakteranlage ist dieses griechische Element durchaus nicht zu verkennen, denn an Bildung übertrug er weit seine türkischen Kollegen. Seine Ausbildung erhielt er auf der Ecole des mines zu Paris, wozu der Sultan Mahmud II. ihn nebst vielen anderen jungen Muselmännern gesandt hatte. Nach seiner Rückkehr wurde er im kaiserlichen Hofstaat angestellt, indem er u. A. die beiden Sultansöhne Murad und Abdul Hamid mit einigermaßen zweifelhaftem Erfolg in der französischen Sprache unterrichtete. In den Staatsdienst trat er nicht lange nach dem Krimkrieg, und zwar sofort als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, doch soll sich schon damals bei allen Vorträgen des Geistes und Charakters ein gewisser Schroffer Eigensinn in Edhem's Wesen bemerkbar gemacht haben, der bei Hofe und in den Kreisen der auswärtigen Diplomatie gar unangenehm empfunden wurde. Türksicher selbst als ein geborener Türke gefaßt, vermochte er seiner Empfindlichkeit keine Schranken zu setzen, wenn namentlich von Ausländern die Uebelstände der Türkei gerügt wurden. Trotzdem war Edhem hinreichend Patriot, um im Jahre 1857 wenigstens den Versuch zu machen, den Strom der europäischen Auswanderer nach der Türkei zu ziehen, ein Versuch, der nicht durch Edhem's Verhalten glücklich scheiterte. Die Aemter aufzuzählen, welche Edhem im Laufe der Jahre bekleidete, wäre eine unbankbare Mühe. Bald Minister des Auswärtigen, bald Handels-, bald Finanzminister, bald Mitglied des Staatsraths, bald Statthalter irgend einer Provinz, wurde er wie kein Anderer in dem tolien Cancan herumgewirbelt, den der halb wahnsinnige Sultan Abdul Aziz mit seinen Beamten auflegte. Im April 1876 war Edhem Vorkämpfer in Berlin, dann Mitglied der Konferenz, dann Vorsitzender des Staatsraths und endlich seit dem 5. Februar d. J. Großvezier. Sein mutmaßlicher Nachfolger Saffet gilt für ein Original von der besten Sorte. Er ist weder ein glänzendes Genie, noch ein Fanatiker, noch hat er jemals seine Hände mit übel erworbenem Gute besudelt. Was aber seinem ganzen Wesen ein so eigenthümliches Gepräge andrückt, das ist der höchste Grad von Bestimmtheit, Kopfhängerei oder Willkür, wie man es eben nennen will. Er nimmt es mit seiner Pflicht genauer als die übrigen Türken; sein Fehler aber ist, daß er sich dabei allzu sehr ärgert und aufreißt, was theilweise durch ein körperliches Leiden, Nervosität und wie man sagt auch Selbstucht veranlaßt werden mag. Daß ein solcher Mann, der zudem recht wohlhabend ist, keine große Familie und nur eine Anzahl harmloser, aber keineswegs kostspieliger Leidenenschaften besitzt, überhaupt in den mühevollen und ärgereichen Staatsdienst trat, ist wohl nur durch einen hohen Grad von Vaterlandsliebe zu erklären. Hätte es an Saffet gelegen, so wären die Verhandlungen mit Montenegro niemals abgebrochen worden, so wäre es niemals zum offenen Bruche mit Rußland gekommen. Saffet betrachtet bei allen Dingen zunächst die schimmste Seite und sucht jede Katastrophe zu vermeiden. Seine Lehrjahre verbrachte er im Uebersetzungsbureau und wurde schließlich Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen. Neben seinen sonstigen Etellungen war er zweimal Handelsminister, zweimal Justizminister, zweimal Unterrichtsminister und dreimal Minister des Auswärtigen, in welcher Eigenschaft er sich in diesem und dem vorigen Jahre am meisten hervorthat.

Badische Chronik.

H Mannheim, 5. Dez. In dem Kaufmännischen Verein, der sich in schönster Entfaltung befindet, ist durch ein der Socialdemokratie angehöriges Mitglied eine erste Störung eingetreten. Der

Betreffende, der früher Schullehrer in Hörden bei Gernsbach war, seit etwa 5 Jahren aber hier in einem Geschäft als Commis arbeitet, hat sich zu einem Haupt-Vorsitzender der Socialdemokraten herausgearbeitet. Er beantragte nun jüngst die Auflösung eines Blattes dieser Richtung für den Verein; als er damit nicht durchdrang, berief er eine „Volksversammlung“, in welcher er natürlich Recht behielt. Im Verein aber wurde es über bemerkt, daß seine inneren Angelegenheiten zum Gegenstand einer öffentlichen und feindseligen Rungelung gemacht wurden, und eine Anzahl von Mitgliedern beantragte eine Generalversammlung behufs Ausscheidung des Mitgliedes M. Oppenheimer. Die Versammlung war sehr zahlreich besetzt; bei der Abstimmung, an der nur die ordentlichen Mitglieder sich beteiligen können, wurde aber die zur Ausscheidung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erzielt, da die Vorstandsmitglieder sich aus einer hier zu weitgehenden Debatte der Abstimmung enthielten. Rannmehr hat der Vorstand demissionirt und die Gesellschaft befindet sich in einer sehr peinlichen Lage. Die Statuten enthalten die unangemessene Bestimmung, daß die Prinzipale nur außerordentliche Mitglieder sein können und deshalb nicht stimmberechtigt sind; vielleicht dürfte in Abänderung dieser Bestimmung ein Ausweg aus der jetzigen Krise gefunden werden.

Vermischte Nachrichten.

Basel, im Nov. Die Bontrole oder Schachtmaße, welche vor einigen Jahren zum Abbau des Rindviehes vielfach empfohlen wurde, hat hier einer „Schutzmaße“ Platz gemacht, deren Leistungen bisher im höchsten Maße befriedigten. Die Feldschäfterei der 5. Armeeabtheilung hat bei ihren letzten Manövern nur diesen Apparat angewandt, da bei demselben das Thier nicht angehalten zu werden braucht, die Lötung also an jedem beliebigen Plage vorgenommen werden kann. Die Schutzmaße besteht aus einer Lederlappe, welche dem Thiere über den Vorlopp geschmalt wird, und aus einem kurzen gezogenen Gewehrlauf, der sich auf eine einfache und ungesährliche Weise an der Maske so befestigen läßt, daß er auf die Gegend des großen Gehirns zu liegen kommt. Vorher wird eine, eine Spitzkugel einschließende Metallpatrone von hinten in denselben eingeschoben, so daß dieselbe durch einen leichten Schlag auf den Verschlussstift explodirt und die Kugel in das Gehirn treibt. Der Tod tritt plötzlich und vollkommen ein, da die Gewalt der Zündmasse die Kugel bis in die Gegend des sechsten und siebenten Halswirbels treibt; der stärkste Stier fällt sofort zu Boden, und zwar mit dem Hintertheil zuerst, in Folge der Verletzung des Rückenmarkes. Der Apparat ist in Aarau bereits obligatorisch für alles Großvieh eingeführt, in Zürich und Basel vielfach von den Metzgeren in Gebrauch genommen.

Berlin. In der letzten Sitzung des Vereins für Gewerbebeschäftigte führte Dr. Werner Siemens ein in seiner Fabrik konstruirtes Telephon vor, dessen Leistungen allgemeines und namentlich auch bei dem Vorkommen, Staatsminister Dr. Delbrück, großes Interesse erregten. In seinem begleitenden Vortrage erklärte er Dr. Siemens für auffallend, daß speziell die Berliner noch nicht früher dem Gedanken der Telephonie näher getreten sind, während doch das Waldenfel-Gehel während der Weihnachtszeit Veranlassung dazu gegeben. Die alte Erscheinung, daß, wenn man nach Zusammenbindung zweier Waldenfel in den einen hinein spricht, man an dem anderen vortrefflich hört, beruht ebenso, wie die seiner Zeit auf dem Weihnachtsmarkt verkauften Sprechtelgraphen, auf ähnlichen Prinzipien wie die Telephonie. Im Uebrigen glaubt Dr. Siemens, daß das Telephon so, wie es jetzt ist, doch zu hoch im Kredit stehe. Es sei für viele Fälle im praktischen Betrieb ganz nützlich, und wenn es bei zügiger Leitung an einem ruhigen Orte stehe, dann seien die Resultate wunderbar; anders verhalte sich aber die Sache, wenn Unruhe in der Umgebung herrsche oder eine elektrische Unruhe in der Luft sich geltend mache. Ohne Zweifel habe das Telephon eine große Zukunft, wenn es gelänge, es zu verbessern, zu verstärken und aus einem bloßen Hörapparat zu einem wirklichen Hörapparat zu machen. Redner erklärte schließlich, daß er auf dem besten Wege zur Erreichung dieses Zweckes sei. (Berl. Tribüne.)

Wien, 3. Dez. Der Kaiser hat dem vom Schwurgerichte in Bozen zum Tode verurtheilten Courville die Todesstrafe im Wege der Gnade nachgesehen und es dem obersten Gerichtshofe überlassen, statt derselben eine entsprechende Freiheitsstrafe zu bemessen. In Folge dessen wurde Courville zu achtzehn Jahren schweren Kerkers verurtheilt.

Nachricht.

Paris, 5. Dez. Der „Moniteur“ bespricht die Zwischenfälle in der gestrigen Kammer Sitzung und führt aus, daß dieselben ein Mißverständnis zur Ursache hätten. Der Senator Duclerc sei nicht zum Marschall berufen worden. Dutilleul sei Vermittler zwischen dem Marschall und Duclerc gewesen, von welchem der Präsident der Republik über die Bedingungen unterrichtet werden wollte, von denen die Linke ein Einverständnis mit ihm abhängig mache. Duclerc habe die Wiffen angenommen und Dutilleul eine Note übergeben, worin er die Bedingungen der Linken aufgezählt hatte, darunter die Zusammenberufung des Kongresses und die Abänderung der Konstitution bezüglich des Auflösungsrechtes. Der „Moniteur“ fügt hinzu: Unter diesen Umständen konnte der Marschall wohl die Ueberzeugung gewinnen, die Note enthalte den Ausdruck des Willens einflussreicher Mitglieder der Linken. Der „Moniteur“ bespricht die verschiedenen dem Marschall gemachten Vorschläge und schließt, es bleibe das Einzige und Beste, die Linke offiziell aufzufordern, ihre Bedingungen für ein Einverständnis zu präzisiren und Grevy, Audiffret und Dufaure zu berufen.

Paris, 5. Dez. Abends. Ein heutiger Artikel der „Republique française“ schließt: Das Land weiß jetzt Alles und überfließt genau die Lage und die Gefahr; es sieht, daß jede Hoffnung einer Verständigung zwischen dem Willen des Präsidenten der Republik und dem durch die Wahlkörper ausgedrückten Willen des Landes verloren ist. Die Deputirten sind entschlossen, nichts von ihrem Rechte aufzugeben; — man ist entschlossen, dem Mandate und Gewalten, die sie erhalten, keine Rechnung zu tragen. — Wir sehen jetzt nur noch eine friedliche Lösung der Krise; der Präsident der Republik und der Senat können noch die drohenden Katastrophen abwenden

Ersterer, indem er nicht darauf beharrt, sich dem Volke aufzudrängen, das seine Handlungen und Ideen mißbilligt; letzterer, indem er die Zustimmung zu einem verfassungswidrigen und verbrecherischen Unternehmen verweigert. Wenn man diese Zustimmung verlangt, dann möge der Genius des Vaterlandes die verwirrten Gewissen und zögernden Herzen aufklären!

London, 6. Dez. Der „Standard“ schreibt: Es sei ein vollständiger Irrthum, zu glauben, England könne gegen das vage Versprechen, seine Interessen sollten nicht berührt werden, die Feststellung der Friedensbedingungen der Tripleallianz der Kaiserreiche überlassen. Für Herstellung eines geregelten europäischen Friedens sei wesentlich, daß Englands Vertreter jeden Punkt des russisch-türkischen Friedensvertrags direkt diskutirten; dieselben seien dafür politisch und persönlich verantwortlich. Weniger könne ein Land nicht verlangen, welches noch immer beanspruche, eine europäische Großmacht zu sein, auch thatsächlich noch immer sei.

Konstantinopel, 4. Dez., Abends. Das Parlament soll am 13. d. im Palast vom Sultan mit einer Thronrede eröffnet werden. — Bei Silistria fanden unbedeutende Scharmügel statt.

Frankfurter Kurzzettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 6. Dez., die übrigen vom 5. Dez.)

Staatspapiere.

Table with columns for various government securities including Reichs-Anleihe, Goldrente, and various bank obligations.

Äktien und Prioritäten.

Table listing various stocks and bonds such as Reichsbank, Badische Bank, and various railway shares.

Anlehensloose und Prämienanleihe.

Table listing various bonds and premium bonds with their respective values and interest rates.

Wechselkurse, Gold und Silber.

Table showing exchange rates for gold and silver, including London, Paris, and Vienna rates.

Tendenz: fest.

Berliner Börse, 6. Dezember. Kreditaktien 356. —, Staatsbahn 442. —, Lombarden 180.50, Disc. Comandit 107.50, Reichsbank 157. —, Tendenz: fest.

Wiener Börse, 6. Dezember. Kreditaktien 209.60, Lombarden 76.70, Anglobank 91.50, Napoleonsd'or 9.56, Tendenz: fest.

New-York, 6. Dezember. Gold (Edingstun) 103 1/2.

Wettere Handelsnachrichten in der Postlage Seite 11.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzoglich. Hoftheater.

Freitag, 7. Dez. Aenderung der Abonnementsnummer. 4. Quartal. 135. Abonnementsvorstellung. Die Geschwister, Schauspiel in 1 Akt, von Goethe. Durch die Karten, Lustspiel in 1 Akt, von Maria Gänther. Sie schreibt an sich selbst, Lustspiel in 1 Akt, von Holtei. Anfang 1/2 Uhr.

Von allen Krankheiten, welche die Statistik der Sterbefälle bereichern, ist die Lungenschwinducht, welche täglich Tausende dahinträgt und am häufigsten Frauen in die Familien einführt, die gewöhnlichste.

Zuerst in Brüssel angeheilt und später fast überall wiederholte Experimente haben dargehan, daß der Theer, ein harzhaltiges Produkt der Lanne, auf alle mit der Schwinducht und Bronchitis befallenen den wohlthätigsten und glücklichsten Einfluß ausübt.

Die beste Anwendung des Theers geschieht in Form von Kapseln und sind die Guyot'schen Theerkapseln ein populäres Heilmittel gegen die obigen Krankheiten geworden. Die gewöhnliche Dosis besteht in 2 bis 3 Kapseln zu jeder Mahlzeit und macht sich darauf eine fast augenblickliche Binderung in dem Zustande der Kranken fühlbar.

Zur Vermeidung der zahlreichen Nachahmungen ist genau darauf zu achten, daß die Etiquette der Kapseln die Unterschrift des Herrn Guyot in dreifarbigen Drucke trägt.

Depot in Karlsruhe bei Th. Brugler en gros.



